Tagblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Abonnementspreis vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 3.75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 13 v. 8–3, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Meißnerg. 5, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg. Eine Bürgschaft für die nächsttägige Aufnahme der Anzeigen wird nicht geleistet. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorherbezahlung durch Briefmarken oder Postanweisung.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncirungsstellen an.
Hauptexpedition Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

33. Jahrgang.
Aufl. 47,000 Stück.

Preuss & Brendecke, Dresden, König-Johannstr. 3.
Posamenten und Knöpfe en gros. Eigene Anfertigung aller Posamenten, Goldstickereien, Feder-Besätze, Pelz-Besätze, Corsets, Tapisserie-Artikel, Häkelmuster.

Dresden, 1888.

Praktisch! D. R.-P. 44969.
Georg Rosenmüller's Deutsche Füllfeder.
Unentbehrlich f. Militärs, Aerzte, Juristen, Kaufleute, Reisende u. s. w. Die Füllvorrichtung ist an der Feder selbst so angebracht, dass sich dieselbe auf das Leichteste handhaben lässt. Zu haben bei: Georg Rosenmüller, Dresden-A., Hauptstraße 18, sowie in allen grösseren Schreibmaterialien-Handlungen.

Reglin'sche Essenzen,
von Prof. Jäger empfohlen, sowie das Buch „Das aromatische Heilverfahren" zu haben bei
Oso. Lehmann, Schloss-Strasse 26.

Künstliche Zähne Specialität Gebisse ohne Gaumenplatten
Plombirungen etc. Korrecte Ausführung
Massige Preise Chr. Sorup. Zahnkünstler
26 Wettiner-Str. 26 (1 Min. v. Reinhardtstr.)

Lederwaaren-Specialität!
Grösste Auswahl
in Portemonnaies, Cigarrenetuis, Brieftaschen, Damentaschen, Reisetaschen etc., Photographie-Albums.
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 2, nächst dem Altmarkt.

Moritz Klinguer,
empfiehlt zur billigen und praktischen Reise Reise-Fournierkoffer als Unicum der Leichtigkeit, Solidität und Eleganz. Grösste Auswahl von Taschen-Necessaires etc.
Augustusstrasse Nr. 4
(Bazar de voyage).

Nr. 346. Spiegel: Weißbuch über Ostafrika, Deutsch-österreichisches Bündniß, Quittungsbuch bei der Alters- und Invalidenversorgung. Hofnachrichten, Spielzeug, Kommandanten der Feuerwehr, Gerichtsverhandlungen. Taunhäuser (de Sylva), „Schwäherin von Saragossa." Dienstag, 11. Dec.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Als zuerst der Gedanke der Erwerbung überseeischer Gebiete auftauchte, sprach Fürst Bismarck den Gedanken aus, daß Deutschland nur dann Kolonialpolitik treiben dürfe, wenn die Reichsregierung dabei der Unterstützung des Reichstags und der öffentlichen Meinung sicher sei. Der Reichskanzler bekennt sich noch heute zu diesem Grundsatz. Mißbilligte das Volk die Erwerbung, Behauptung und Pflege, unter Umständen auch die Erweiterung überseeischer Besitzungen, stieße die Reichsregierung auf Schritt und Tritt bei allen ihren desfallsigen Maßregeln und Vorschlägen auf Widerspruch der Volksvertretung, so wäre es aus hundert Gründen besser, das Reich kümmerte sich als solches nicht um Das, was in fernen Erdtheilen vor sich geht. Das Reich überließe dann Alles, was bereits deutscher Unternehmungsgeist in Afrika, Australien und sonstwo geschaffen, seinem Schicksale, die Niederlassungen und Pflanzungen möchten eingehen, die Beute der Eingeborenen oder der Engländer, Franzosen, Portugiesen und wessen sonst werden, das angelegte Handelskapital möchte verloren, die Personen unserer Landsleute schutzlos preisgegeben sein, die deutschen Missionen flüchteten sich unter den Schutz anderer Kulturvölker — dann wäre die Sache wenigstens klar. Freilich würde das mächtige Deutsche Reich in den Augen des Auslandes seltsam dastehen, sogar die Wilden würden von Deutschland wunderbare Begriffe bekommen, daheim aber würde sich eine Entmuthigung aller vorwärts strebenden Elemente auch auf anderen Gebieten bemächtigen, ganz allgemein würde sich die deutsche Thatkraft wie geknickt fühlen, der Handel würde den Rückschlag zunächst verspüren und nach ihm das gesammte Erwerbsleben. Aber Jedermann wüßte doch, wie er mit dem Deutschen Reiche daran wäre. Vor Allem die Engländer, die schon, ermuthigt von unseren Freisinnigen, die Hände ausstrecken, um Deutschland zu beerben. Der Reichskanzler muß also in Erfahrung bringen, wie die Volksvertretung über Kolonialsachen denkt. Um sich möglichst bald ein Urtheil hierüber zu bilden, dazu hat Bismarck dem Reichstage ein sog. Weißbuch vorgelegt. Es ist eine Sammlung von Aktenstücken über Ostafrika und was damit und mit der Bekämpfung des Sklavenhandels zusammenhängt. Auf Grund des Weißbuchs kann der Reichstag seine Meinung über die deutsche Kolonialpolitik verlautbaren, und er hat dazu noch einen besonderen Anlaß, da der Abg. Windthorst, Namens des Centrums, die Reichsregierung aufgefordert hat, Schritte gegen die Sklavenjäger und den Sklavenhandel zu thun. Beides, deutsche Kolonialpolitik und die Bekämpfung der Sklaverei, stehen mit einander in unmittelbarem Zusammenhange. Wollte man sie trennen, so käme auch für Das, was der Centrumsführer beabsichtigt, nicht viel heraus. Deutschland würde sich dann auf die Entsendung von 1—2 Schiffen zur Theilnahme an der Blokade beschränken können, und da eine Blokade nicht ewig dauern kann, wäre es mit der edlen Absicht des Papstes, des Kardinals Lavigerie und der katholischen Welt, den Sklavenhandel auszurotten, bald vorbei. Zum Glück steht's aber nicht so. Wenn auch begreiflicherweise das Centrum die religiösen und humanitären Bestrebungen bei seinem Antrag an die Spitze gestellt hat, so hat der Afrikaverein deutscher Katholiken unumwunden ausgesprochen, daß seine Zwecke zunächst in Ostafrika verfolgt werden sollen. Damit verpflichtet sich das Centrum für die Behauptung Ostafrikas durch Deutschland.

Im Reichstage wird sich also eine große Mehrheit dafür finden, daß Ostafrika, trotz der augenblicklichen Mißgunst der Lage, nicht aufgegeben, vielmehr die Ehre der deutschen Fahne und die materiellen deutschen Interessen durch die Reichsregierung wirksam gewahrt werden. Mit völliger Bestimmtheit darf man vertrauen, daß am nächsten Mittwoch die schäbigen Versuche der im augenscheinlichen Interesse Englands thätigen Deutschfreisinnigen, die Reichsregierung zur Aufgabe Ostafrikas zu drängen, zu Schanden und von einer stattlichen Mehrheit der Volksvertretung zurückgewiesen werden. Ohne Eingreifen des Deutschen Reichs ist Ostafrika nicht zu halten. Das lehren die Aktenstücke des Weißbuchs. Die ostafrikanische Gesellschaft ist unter den schweren Schlägen, die sie betroffen, zusammengebrochen. Nur das Eintreten des Reichs kann ihr wieder aufhelfen. Ganz ohne eigene Schuld ist diese Gesellschaft nicht. Auch der Reichskanzler rügt das Vorgehen ihrer Beamten bei dem Hissen ihrer Flagge auf dem ihnen abgetretenen Gebiete: das Flaggenhissen sei weder gerathen noch geboten gewesen. Bismarck findet es mehr energisch als umsichtig, er fügt hinzu, daß solche Energie außerhalb der Tragweite deutscher Geschütze nur mit unverhältnißmäßigen Opfern durchzuführen sei. Ueber diese Bemerkungen des Reichskanzlers im Weißbuch fällt nun die deutschfreisinnige Presse mit einem wahren Regengeheul her. Sie behandelt überhaupt diese unsere Landsleute, die in Ostafrika unter den schwierigsten Verhältnissen für Gesammtdeutschland handeln und täglich ihr Leben einsetzen, als Vagabunden, von denen keine Hand ein Stück Brot nehmen dürfe. Im Interesse dieser so abscheulich verunglimpften Männer muß es dann da doch gesagt werden, daß (unbeschadet des Tadels Bismarck's) die Flaggenhissung den Arabern nur den willkommenen Vorwand lieferte, um einen Aufstand hervorzurufen. Die Ursachen des Aufstandes liegen viel tiefer, als jener „Mißgriff." Die Feindschaft der Araberwelt gegen alles Europäische ist die Folge der englischen Politik in Egypten und dem Sudan. Die Ungeschicklichkeit, Unentschlossenheit und Lahmheit der englischen Unternehmungen gegen die aufständischen Araber hat deren Selbstgefühl außerordentlich gestärkt. Man macht ganz mit Unrecht Deutschland für diese Verhältnisse verantwortlich. Doch, Dem sei, wie ihm wolle, der Reichstag wird sich mit überwiegender Mehrheit für die Behauptung Ostafrikas aussprechen. Der Plan, den die Reichsregierung in weiterer Verfolgung der Sache sich gebildet hat, ist zunächst noch unbekannt. Das Weißbuch enthält eine recht beachtenswerthe Schilderung der Gefahren, welche militärische Expeditionen in's Innere Afrikas mit sich führen. Die für eine erfolgreiche Kolonialpolitik zu machenden Aufwendungen müssen selbstverständlich in angemessenem Verhältniß zu dem Werthe dieser Besitzungen stehen. Binnen kurzer Zeit läßt sich nicht ein Ertrag erzielen, wie ihn der Kaufmann bei einem Handelsgeschäft macht. Aber den zukünftigen Vortheil, den der Kolonialbesitz dem Mutterreiche verspricht, soll man auch nicht übersehen. Aufsteigende Völker, wie das deutsche eines ist, dürfen sich schon erlauben, Unternehmungen zu verfolgen, die erst in ferner Zukunft hohe Vortheile versprechen. Vergrößert doch England sein umfassendes Kolonialreich von Jahr zu Jahr immermehr, ohne daß man hörte, daß ihm der deutsche Freisinn das Hinter dem Ofen Hocken empfahle. Deutschlands Kolonialpolitik bezweckt einzig, an der noch unvergebenen Erde sich einen Antheil zu sichern. Wir wollen uns von dem englischen Zwischenhandel und Zwischengeschäft befreien, uns hinsichtlich der Erzeugnisse überseeischer Länder, die unsere Nation gebraucht, möglichst auf eigene Füße stellen, sie mit eigenem Kapital, mit eigener Arbeit gewinnen und mit eigenen Schiffen in unsere Häfen bringen. Hierzu ist Land in überreicher Menge vorhanden, Ostafrika, am indischen Meere gelegen, bietet die Möglichkeit, beinahe jede tropische Nutzpflanze dort mit Erfolg zu gewinnen. Zu dem Handel aus dem Innern Afrikas liegt der Schlüssel in unseren Händen. Diesen Schlüssel wollen wir behalten.

Die Verhandlungen des österreichischen Reichsraths über das neue Wehrgesetz müssen in Deutschland einen peinlichen Eindruck erzeugen. Sie drehten sich bisher um das Bündniß mit Deutschland. Hierfür traten mit Ueberzeugungswärme einzig die Deutschen ein, die Slaven erklärten sich theils durch den Mund des Alterchen Rieger als sehr laue Anhänger des deutsch-österreichischen Bündnisses, theils machten sie, durch den Jungczechen Gregr, aus ihrem Haß gegen dieses Bündniß gar kein Hehl. Zwar bewilligen auch die Slaven das neue Wehrgesetz, das eine Folge des Bündnisses ist, aber nicht, um dieses Bündniß zu stärken, sondern, wie Gregr offen aussprach, im Gegentheil deshalb, um Oesterreich so stark zu machen, daß es gegebenenfalls die Kette dieses Bündnisses zu zerbrechen im Stande sei. Es macht sachlich keinen Unterschied, daß sich die Alt- und die Jungczechen verschiedenartig zu dem Deutschthum stellen. Sie sind der linke und der rechte Backen eines Mundes, dem ein giftiger Athemzug entströmt. Die Czechen behaupten, nur durch die Gnade der Slaven bestehe Oesterreich überhaupt, „wenn Oesterreich zu Grunde geht," hat Rieger früher einmal ausgerufen, „was verschlägt es die Slaven? Sie sind dann seine Erben." Gregr machte sich über das „landige" Preußen lustig, das nach dem naturgeeigneten Böhmerlande schiele. Es erhob sich vom Regierungstische kein Mann, welcher Einspruch gegen die offenen und versteckten Angriffe der Czechen gegen Deutschland und das Bündniß Oesterreichs mit uns erhoben hätte. Wohl wissen wir, daß Graf Taaffe eine loyale Politik verfolgt; aber seine Regierungskunst hat es glücklich soweit gebracht, daß seine czechischen Anhänger ungestraft ihrem giftigen Deutschenhasse im Reichsrath die Zügel schießen lassen können. Dazu hat man die Generaldebatte noch rasch geschlossen, um dem jungczechischen Abgeordneten Vasaty das Wort abzuschneiden, weil man von diesem wußte, daß er noch viel unverschämter Deutschland und das Bündniß angreifen würde!

Bekannt ist, daß die Sozialdemokraten als den allerschlimmsten Fehler der Alters- und Invalidenversorgung das Markensystem und das Quittungsbuch verdammen. Sie erklären die Vorlage als für sie unannehmbar, wenn das Quittungsbuch beibehalten würde. Sie haben sich in den Kopf gesetzt und reden den Arbeitern ein, damit würde beabsichtigt, ein Arbeitsbuch einzuführen, das sei erniedrigend für die Arbeiter und führe dazu, daß kein Arbeiter, der bei einem Streik hervorragend mitgewirkt, künftig mehr Arbeit finde. Trotz aller Verbote würden sich Mittel und Wege finden lassen, solche Vermerke im Quittungsbuch anzubringen; man dürfe z. B. blos die Marken im Quittungsbuch verkehrt abstempeln. Alle Vorschläge jedoch, etwas Besseres an die Stelle des Markensystems zu setzen, erwiesen sich bisher als unausführbar, sobald man überhaupt es für nöthig findet, richtige Nachweise über die von den Arbeitern geleisteten Beiträge zu den Alters- und Invalidenkassen zu beschaffen. Es giebt jedoch ein ganz einfaches Mittel, den Zweck dieser Maßregel zu erreichen und alle Bedenken der Arbeiter, so unberechtigt sie auch sind, zu beseitigen. Möge nach einer vom Bundesrath zu erlassenden Vorschrift das Einkleben und Entwerthen der Quittungs-Marken von den Arbeitern selbst in Gegenwart der Arbeitgeber geschehen. Sobald dies geschieht, ist doch jeder Mißbrauch unmöglich.

Neueste Drahtberichte der „Dresdner Nachr." vom 10. Dec.

Berlin. Der Reichstag setzte heute die 1. Berathung des Alters- und Invalidengesetzes bei schwach besetztem Hause fort. v. Komierowski (Pole) begrüßt die Vorlage mit Befriedigung; doch enthalte dieselbe auch Punkte, die ihn mit Bedenken erfüllten. Die Zwangsversicherung sei nothwendig, die Rentensätze zweckentsprechend, die Einrichtung der Ortsklassen ein Fortschritt. Bedenken hätten seine Freunde gegen den Reichsbeitrag, das Deckungsverfahren und die Organisation. Letztere bilde die Kardinalfrage. Die Berufsgenossenschaften bildeten die geeignetste Basis für die neue Versicherung. Ergänzungen bedürfe der Entwurf in Bezug auf Rückgewähr der Beiträge an Arbeiterinnen, die sich verheirathen, auf Versorgung der zeitweisen Invaliden u. s. w. Mit diesem Gesetzentwurfe werde den Gesetzgebungen anderer Länder vorausgegangen, wie er gern anerkennt. Hoffentlich werde man auch den Polen gegenüber Gerechtigkeit und Menschenliebe üben. Grad (Elsässer) spricht seine volle Sympathie zu der Vorlage aus. Die Kommission werde die vorgetragenen Bedenken zu prüfen haben, um eine lebensfähige Institution zu schaffen. Er befürchte, daß die Rente von 120 Mk. bei dem Rückgange der Kaufkraft des Geldes nach 30 bis 40 Jahren eine ungenügende sein werde. Der Reichszuschuß werde dann erhöht werden müssen. Er sei gegen den Reichszuschuß, da, wie Redner durch Beispiele von französischen freiwilligen Versicherungskassen zu erhärten sucht, die Industrie wohl in der Lage sei, die nöthigen Mittel aufzubringen. Er möchte nicht, daß durch die Vorlage zu große Erwartungen angeregt werden. Abg. Lohren (Reichsp.): Das Gesetz biete mehr, als irgend eine Versicherungsgesellschaft bieten könne. Die splendide Seite des Gesetzes trete noch mehr bei den Uebergangsbestimmungen zu Tage. Dagegen gestaltete sich die Sache sehr nachtheilig für die jugendlichen Arbeiter, die erst nach mehr als 50jähriger Wartezeit in den Genuß der Rente kommen sollen; ebenso für die Arbeiterinnen. Es sei jedenfalls zu fordern, daß die Versicherung mindestens die gleichen Beträge gewähre wie eine Privatversicherungsanstalt. Die Rente müßte also den Beiträgen angemessen werden und nicht von vornherein fixirt sein. Dann würden auch all' die complicirten Bestimmungen über Wartezeit und Altersgrenze von selbst wegfallen. Auch müsse verhindert werden, daß nicht hohe Renten an Nichtbedürftige und Bessersituirte gezahlt würden, während wirklich Bedürftige darben müßten. Er wolle der Vorlage keine Schwierigkeiten bereiten, wünsche aber deren Zustandekommen in einer Form, welche die Gewähr der Dauer in sich schließe. — Oechelhäuser (nat.-lib.) befürwortet an Stelle der Ortsklassen Lohnklassen. Die Schwierigkeiten der finanziellen Berechnung seien nicht zu verkennen; die ganze Einrichtung der Markenbücher werde sich durch einfachere Einrichtungen vermeiden lassen. Bedenklich sei es, für dieses Gesetz eine neue umfangreiche Organisation zu schaffen. Die für das Unfallgesetz bestehenden Berufsgenossenschaften bedürften allerdings der Modifikation, um als Grundlage für die neue Versicherung dienen zu können. Das Gesetz sei bisher nicht populär geworden. Man müsse sich deshalb umsomehr hüten, unhaltbare Bestimmungen aufzunehmen. — Spahn (Centr.) meint, der bureaukratische Zug, der durch die Vorlage gehe, verderbe dieselbe. Die Berufsgenossenschaften seien beizubehalten; höchst bedenklich sei der Reichszuschuß. Man könne es auch ohne denselben versuchen. Sollten die Berufsgenossenschaften nicht zu Trägern der Versicherung gemacht werden, so würde man auf die lokale Selbstverwaltung Bedacht nehmen müssen. — Der badische Bundesbevollmächtigte Frhr. v. Marschall vertheidigt die Berufsgenossenschaften gegen die neulichen Angriffe Schraders. Die Vorlage lege den Trägern der Versicherung andere Aufgaben auf, als die Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung. Beide Versicherungen seien weit von einander verschieden. Die Alters- und Invalidenversicherung sei eine individuelle Versicherung. Prozesse und ein langes Verfahren könnten dabei nicht stattfinden. Auch sonst müsse von großen Formalitäten abgesehen werden. Gegen die Reichsanstalt bestünden zahlreiche Bedenken, während die territorial abgegrenzten Verwaltungen manche Schwierigkeiten leichter beseitigen würden. Das Gesetz würde die Einigkeit der deutschen Stämme fester knüpfen, als es eine deutsche Reichsanstalt vermöchte. — Rickert (freis.): Die Reichsanstalt würde wahrscheinlich beim Bundesrathe keine Annahme finden. Er bezweifle nicht das Zustandekommen des Gesetzes, wohl aber die wohlthätige Wirkung desselben. Jede Abänderung und jeder Vorschlag bedinge zugleich eine Aenderung der technischen und rechnungsmäßigen Grundlagen. Der Regierung könne man es nicht verdenken, wenn sie solche los sein wolle. Gegen die Quittungsbücher hätten sich bisher alle Arbeiter bitter ausgesprochen. Die Communen würden keine Entlastung von dem Gesetze haben, denn was an der Armenversorgung gespart werde, zehre die Verwaltung wieder auf. Die Behandlung der Arbeiterinnen sei eine ungerechte. Der Versicherungsbeitrag erhöhe erheblich die Produktionskosten. Die Stellung der Konservativen und Nationalliberalen habe sich in allen Prinzipienfragen vollständig geändert. Im Princip sei er der Vorlage geneigt, nicht so in der Form. Staatssekretär v. Bötticher bemerkt, daß der Bundesrath die Frage der Reichsanstalt gar nicht diskutirt habe, vertheidigt im Uebrigen die Vorlage gegen Rickert, der bemüht gewesen, dieselbe zu discreditiren. — Morgen: Nationaldenkmal, Nationalität der Kauffahrteischiffe, Schweizer Handelsvertrag und Wahlprüfung.

Berlin. Der „Staatsanzeiger" veröffentlicht folgendes Telegramm Kaiser Wilhelms an Kaiser Franz Josef anläßlich des Regierungsjubiläums; es ist mir aufrichtiges Herzensbedürfniß, Dir nochmals die wärmsten und innigsten Glückwünsche auszudrücken. Mit herzlicher Dankbarkeit gedenke ich der treuen Freundschaft, die Du mir bewiesen. Gott erhalte Dich unsern beiden Völkern und dem europäischen Frieden zum Nutzen noch recht lange. Tausend Grüße an die Kaiserin." Kaiser Franz Josef antwortete: „Die erste Zeit nach der Rückkehr aus Miramare gehört der Erfüllung der Herzenspflicht. Dir für die erneuten Glückwünsche mit gleicher Innigkeit zu danken und Dich zu bitten, meiner treuen Freundschaft ebenso versichert zu sein, wie ich der Deinen unter allen Verhältnissen fest vertraue, überzeugt, daß unser unerschütterlicher Freundschaftsbund den Frieden sichern und dem Reiche Segen bringen werde. Die Kaiserin erwiedert die Grüße auf's Herzlichste. — Der „Post" zufolge ordnete der Kaiser an, daß die Prinzen, welche unter der Regierung Kaiser Wilhelm's I. in die Armee eingetreten, sowie dessen General- und Flügeladjutanten auf der linken Brust in Civil und Uniform ein medaillenförmiges Ordenszeichen zu tragen haben, dessen Mitte ein Lorbeerkranz mit dem Namen des Kaiser Wilhelm's I. bilde. Kaiser und Prinzen erhalten solche in Gold, die Generale à la suite und Flügeladjutanten in Silber. — Die „Nordd. Allgemeine" bezeichnet die Mittheilungen der Londoner „Financial News", wonach in Berlin ein Plan ausgearbeitet werde, dahin gehend, das türkische Reich unter Curatel zu stellen als vollständig aus der Luft gegriffen. In amtlichen Kreisen sei von einem so unsinnigen Plane absolut nichts bekannt, und wenn gar noch hinzugefügt werde, daß der Plan von Bismarck ausgegangen sei und von demselben begünstigt würde, sei das nichts als dreiste tendenziöse Erfindung, welche lediglich bezwecke, in Konstantinopel durch lügenhafte Unterstellungen womöglich Verstimmungen gegen Deutschland zu erregen.

Berlin. Dem Direktor im Reichsamte des Innern Posselt ist das Komthurkreuz 1. Klasse des Sächs. Albrechtsordens und dem Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Bötticher das Komthurkreuz 2. Klasse, sowie dem Gesandten in Kopenhagen Freiherr v. d. Brincken das Großkreuz desselben Ordens verliehen worden. — Die gestern in Berlin versammelten Vertreter der deutschen Kriegervereine haben nunmehr endgiltig und einstimmig, vorbehältlich der Genehmigung des Kaisers und des Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt, beschlossen, daß das Standbild weiland Kaiser Wilhelm's I., errichtet von den alten Soldaten des Deutschen Reiches in Deutschland und Nordamerika, auf dem Kyffhäuserberg seinen Platz finden soll.

Berlin. Anläßlich gewisser Aeußerungen der „Kreuzztg." sollen die an der Emission der russischen Anleihe von 1884 betheiligt gewesenen Mitglieder der Generaldirektion der preußischen Seehandlungssocietät die Erklärung erlassen haben, daß sich Jeglicher von ihnen als dem christlichen Bekenntniß angehörig ausweisen könne. So berichtet das Berliner „Tagebl." — Die Weihnachtsferien des Reichstags dauern vom 15. ds. bis zum 8. Januar.

München. In der Gasanstalt Kaufbeuren (Schwaben) erfolgte durch Gasausströmung eine Explosion. Das Reinigungs- und Retortenhaus wurden zerstört und die Fenster und Wände mehrerer Nebengebäude eingedrückt. Ein Arbeiter wurde schwer verletzt. Der Gasverwalter sperrte mit Lebensgefahr noch rechtzeitig den Hauptgasometer. Der Brandschaden ist bedeutend. Die Stadt ist in Folge dessen ohne Gas.

Stuttgart. Eine Königl. Verordnung, datirt aus Nizza vom 7. ds., schreibt die Neuwahlen für die Abgeordneten auf den 9. Januar aus.

Paris. Gerüchtweise verlautet, der italienische und englische Konsul in Tunis beabsichtigten gegen das Fortbestehen der franzö-

Kunstgewerblichen Zimmerschmuck
E. Kreinsen, Amalienstrasse, Ecke Serrestrasse.